

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
Telefax 032 627 22 69  
pd@sk.so.ch  
www.parlament.so.ch

K 0193/2016 (STK)

### **Kleine Anfrage interfraktionell: Kosten-Nutzen-Analyse bei Gesetzen (16.11.2016)**

Hält es der Regierungsrat für möglich, für jedes neue Gesetz eine Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen, um Kostentransparenz herzustellen und jedes Gesetz damit mit einem „Preisschild“ zu versehen? Diese Kostentransparenz könnte unserer Ansicht nach dazu führen, dass weniger unnötige Gesetze verabschiedet werden, bzw. diese vermehrt auf ihren Nutzen hin geprüft werden.

*Begründung 16.11.2016: schriftlich.*

Gesetze sind notwendig. Sie regeln das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Sie haben den Auftrag und die Wirkung, den Schwachen zu schützen und den Starken sich entwickeln zu lassen. Sie sollen Entwicklung ermöglichen oder gar beschleunigen und dürfen das Handeln nicht behindern. Sie müssen Nutzen bringen.

Aber: Unser Gesetzesdschungel ist mittlerweile so unübersichtlich geworden, dass sich nicht nur Privatpersonen, sondern auch Unternehmen darin nicht mehr zurechtfinden. Besonders für Jungunternehmen ist es schwierig herauszufinden, welche Gesetze und Verordnungen für ihr Unternehmen relevant und einzuhalten sind. Dadurch erhöht sich bei solcher Reglementierungsdichte die Schwelle, überhaupt noch unternehmerisch aktiv zu werden. Die Unübersichtlichkeit und Dynamik der Rechtssammlung löst Unsicherheiten aus, die unternehmerisches Handeln be- oder verhindern.

Wir fordern die Eindämmung der Gesetzesflut und insbesondere der Überreglementierung. Überbordender Perfektionismus bringt oft keinen Grenznutzen mehr.

Dem ausufernden Bürokratismus kann mit einer Kosten-Nutzen-Analyse Einhalt geboten werden. Wir fordern daher mehr Transparenz in Bezug darauf, was ein neues Gesetz kostet und welchen Nutzen es bringt.

Wer ein neues Gesetz verfasst oder erlässt, soll wissen, wie das „Preisschild“ aussieht, also welche Kosten dieses nach sich zieht, und zwar nicht nur für die kantonale Verwaltung oder für Gemeinden, sondern auch für Unternehmen oder Privatpersonen. Es stellt sich die Frage nach den Vollzugskosten: zieht ein neues Gesetz bspw. eine Personalaufstockung nach sich, verteuert es Baukosten, braucht es neue Apparate, gibt es Schulungskosten, braucht es mehr Zeit, beinhaltet es einen Wachstumsimpuls in der Verwaltung? Wer hat diese Kosten zu tragen?

Im Gegenzug dazu soll der Nutzen aufgezeigt werden: Wer zieht Nutzen aus dem Gesetz (die öffentliche Hand, Private, die Wirtschaft)? Welcher Nutzen ist zu erwarten: bspw. gibt es weniger Todesfälle (wieviele?), weniger Unfälle (wie viele weniger von wievielen?), erhöht sich die Sicherheit (inwiefern?), reduziert sich ein Risiko? Ergibt sich aus dem Gesetz ein Wachstumsimpuls für die Wirtschaft?

Sowohl Kosten und Nutzen sollen (monetär und nicht monetär) quantifiziert werden. Damit stellt sich jeweils auch die Frage nach einer kostengünstigeren Alternative oder nach dem Grenznutzen des „Superfinish“ (Pareto-Prinzip).

Wir sind überzeugt, dass dieses „Preisschild“, diese Kosten-Nutzen-Analyse, sich sowohl als kostendämpfend wie auch als präventives Element gegen unnötige Gesetze herausstellen wird.

Gerne möchten wir vom Regierungsrat wissen, ob er eine solche Kosten-Nutzen-Analyse, ein solches Preisschild, begrüßen würde, um Kostentransparenz herzustellen und so ggf. die Gesetzesflut einzudämmen.

*Unterschriften:* 1. Anita Panzer, 2. Doris Häfliger, 3. Urs Ackermann, Fabio Jeger, Edgar Kupper, Bruno Vögtli (6)